

Heike Holbig

Chinas Reaktionen auf die Anschläge vom 11. September¹

Gliederung

- Einleitung: Wende in der chinesischen Außenpolitik?
- Offizielle Reaktionen
- Reaktionen der chinesischen Öffentlichkeit
- Erwartbare negative Folgen für China
 - Außenpolitische Folgen
 - Innenpolitische Folgen
- Erhoffte Chancen für China
 - Verbesserung der sino-amerikanischen Beziehungen
 - Qualifikation zum anerkannten internationalen Partner
 - Unterstützung im eigenen Kampf gegen „Terrorismus, Separatismus und Extremismus“
- Anstelle eines Fazits

Einleitung: Wende in der chinesischen Außenpolitik?

Seit mehreren Wochen überrascht China westliche Diplomaten, Journalisten und Experten mit beständigen Signalen internationaler Kooperationsbereitschaft. In ihren Reaktionen auf die Anschläge in den USA vom 11. September verhält sich die chinesische Führung im Wesentlichen so, als wollte sie genau das verwirklichen, was sich hoffnungsvolle Vertreter einer westlichen „Engagement“-Politik, also einer konstruktiven Einbindung Chinas in die internationale Staatengemeinschaft, seit langen Jahren gewünscht haben: die Qualifikation der VR China zu einem verantwortungsbewussten, verbindlichen und kom-

¹Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um den Versuch einer ersten Einordnung der vielschichtigen chinesischen Reaktionen auf die Anschläge vom 11. September 2001, wie sie der chinesischen, Hongkonger und internationalen Medienberichterstattung in den ersten drei Wochen nach dem Ereignis zu entnehmen waren. Die wichtigsten Quellen, die für die Analyse im Berichtszeitraum September zugrunde gelegt wurden, sind: XNA, Xinhua news agency (nach BBC PF), Zhongguo Xinwen She (nach BBC PF oder FBIS), Zhongguo Tongxun She (nach BBC PF), RMRB, *Ta Kung Pao* (nach FBIS), *Sing Tao Jih Pao* (nach FBIS), Hong Kong AFP (nach FBIS), Hongkong Information Centre for Human Rights and Democracy (nach BBC PF), SCMP, AWSJ, IHT, *The Straits Times*, NZZ, CND, FAZ, *The Economist* (aufgrund der Materialfülle erfolgt eine detaillierte Quellenbelegung nur bei wörtlichen Zitaten). Ferner lagen aktuelle Einschätzungen der Situation von Mitarbeitern der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin vor, nämlich die Beiträge: Wacker, Gudrun, „China und die Terroranschläge des 11.9. – Wendepunkt in den sino-amerikanischen Beziehungen?“, in: *SWP aktuell*, 14/01 (Oktober 2001), sowie Möller, Kay, „Der Ferne Osten nach dem 11. September. Das Grundmuster bleibt“, in: *SWP aktuell*, 15/01 (Oktober 2001).

promissfähigen Partner. Manche Beobachter sprechen bereits von einer „Wende“ in der chinesischen Außenpolitik, insbesondere in den sino-amerikanischen Beziehungen. Der von der staatlichen Führung mitgetragene Anti-Amerikanismus, der im Gefolge der militärischen Intervention der NATO im Kosovo im Frühjahr 1999 und erneut nach der Kollision eines amerikanischen Aufklärungsflugzeugs mit einem chinesischen Abfangjäger im April 2001 zu Tage getreten war, hat unmittelbar nach dem 11. September einer Politik der Unterstützung der USA Platz gemacht. Ihren Worten hinsichtlich ihrer Bereitschaft zur internationalen Kooperation bei der Bekämpfung des als globale Herausforderung empfundenen Terrorismus hat die chinesische Führung inzwischen – zumindest ansatzweise – auch Taten folgen lassen.

Es fragt sich allerdings, wie tragfähig diese „Wende“ der chinesischen Außenpolitik ist und ob der 11. September tatsächlich einen „Paradigmenwechsel“ im internationalen Auftreten der VR China ausgelöst haben könnte. Zweifel an einer positiven Beantwortung dieser Frage erscheinen zunächst allzu berechtigt, wenn man zum einen die internen Widerstände berücksichtigt, denen sich die staatliche Führung im eigenen Land gegenüber sieht, und wenn man zum anderen die Tatsache veranschlagt, dass die Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung in Zentralasien das regionale Sicherheitsgefüge stark beeinträchtigen und Chinas strategische Interessen in der gesamten Region erheblich in Mitleidenschaft ziehen dürften. Im Folgenden sollen daher die Reaktionen Chinas auf die Anschläge vom 11. September vor dem Hintergrund der erwartbaren negativen Folgen, aber auch der erhofften Chancen geprüft werden. Daran schließt sich eine knappe Diskussion der Frage an, ob sich hinter den jüngsten Signalen der chinesischen Führung nur eine vorübergehende taktische Abweichung von der langfristigen strategischen Interessenlage oder nicht vielleicht doch Anzeichen für eine substantielle Kooperationsbereitschaft verbergen könnten.

Offizielle Reaktionen

Die Reaktionen der staatlichen Führung auf die Nachricht, die Beijing am Abend des 11. September (Ortszeit) erreichte, waren ungewöhnlich prompt und diplomatisch treffsicher. Wenige Stunden nach den Anschlägen übersandte Staatspräsident Jiang Zemin eine Beileidsbezeugung an Präsident Bush, in der er sich tief schockiert über die entsetzlichen und folgenschweren Terrorangriffe zeigte und sein aufrichtiges Mitgefühl mit der amerikanischen Regierung, Bevölkerung und vor allem den Angehörigen der Opfer zum Ausdruck brachte. Er fügte hinzu, dass die chinesische Regierung alle Formen terroristischer Gewalt grundsätzlich verurteile und sich gegen sie stelle. Den Dank für die Anteilnahme, die Präsident Bush am Abend des folgenden Tages telefonisch aussprach, erwiderte Jiang Zemin, indem er den USA jegliche erwünschte Unterstützung, Kooperation und Hilfe anbot. Er betonte die Bereitschaft der chinesischen Regierung, den gegenseitigen Dialog zu vertiefen und mit der internationalen Gemeinschaft bei der Bekämpfung des Terrorismus zusammenzuarbeiten. Dieses Kooperationsangebot, das der Regierungssprecher auch öffentlich bekannt gab, wurde am 13. Septem-

ber vom US-amerikanischen Außenminister Powell telefonisch begrüßt und grundsätzlich angenommen. Ein Symposium zur „Zusammenarbeit von Polizeiorganen bei der Bekämpfung internationaler Kriminalität“, das im Rahmen des ASEM (Asia Europe Meeting)-Prozesses ab dem 17. September in Beijing stattfand, bot ein willkommenes Forum für chinesische Regierungsvertreter, ihre Kooperationsbereitschaft vor einem einschlägigen Fachpublikum zu beteuern.

Am 18. September, also genau eine Woche nach den Anschlägen, wurde die offizielle chinesische Haltung gegenüber den USA dahingehend qualifiziert, dass Schläge gegen den Terrorismus auf umfassenden Beweisen über die Täterschaft basieren und dass präzise Ziele des Gegenangriffs definiert werden müssten, um Opfer unter der Zivilbevölkerung auszuschließen. Ferner wurde verlautbart, dass es sich bei der Terrorismusbekämpfung um eine langfristige und komplexe Aufgabe handle, die in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und anderen Prinzipien des Völkerrechts wahrgenommen werden sollte. Diese Formel wurde seither weitgehend unverändert beibehalten und in Telefongesprächen mit den Staats- und Regierungschefs Putin, Blair, Chirac und Schröder wiederholt.

Von verschiedenen westlichen Medien wurde die Forderung Chinas nach einer Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen und einer Einschaltung des VN-Sicherheitsrats kurzerhand als Hinweis auf eine erste Rücknahme der Kooperationsbereitschaft gewertet. Zwar ist klar, dass China als Mitglied des Ständigen Ausschusses des VN-Sicherheitsrats (mit Vetorecht) mit dieser Forderung unmittelbar sein Eigeninteresse ins Spiel bringt, doch sollte dieser Umstand nicht von vornherein als Blockadeversuch der chinesischen Führung gedeutet werden. Vielmehr hat die VR China die beiden Resolutionen zur Unterstützung der internationalen Terrorismusbekämpfung mitgetragen, die am 12. und 29. September vom VN-Sicherheitsrat verabschiedet wurden. Auch macht die inzwischen erfolgte Verleihung des Friedensnobelpreises an Kofi Annan und die Vereinten Nationen deutlich, dass die VR China mit ihrer Forderung nicht allein dasteht.

Eine „Qualifizierung“ bzw. „Konditionierung“ der chinesischen Kooperationsbereitschaft wurde ferner verschiedenen Aussagen offizieller Vertreter entnommen, wonach China seit längerem die Bekämpfung von „Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ auf seine Fahnen geschrieben habe und bei entsprechenden Anstrengungen im eigenen Land künftig auch seinerseits „die Unterstützung und das Verständnis“ der USA erwarte.² Als der chinesischen Regierung daraufhin vorgeworfen wurde, sie mache ihre Unterstützung der USA von deren Unterstützung beim Kampf gegen muslimische Freiheitskämpfer in Xinjiang und gegen andere ethnische Gruppen abhängig, stritt diese entschieden ab, dass es sich bei dieser Frage um eine Bedingung für die internationale Kooperation handle – die Verbindung beider Aspekte beruhe auf einer schwerwiegenden Verzerrung der offiziellen Stellungnahmen.³ Ebenso dementierten Regierungssprecher Meldungen, wonach die chinesische Führung formale Beziehungen

zum Taliban-Regime unterhalte.⁴ Zwar werden die Unterstellungen damit keineswegs ausgeräumt, doch haben derartige Dementi seither eine bindende Wirkung auf das Verhalten der chinesischen Regierung entfaltet.

Konkretere Formen der Zusammenarbeit zwischen China und den USA wurden ab dem 19. September eingeleitet, als der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan zu Gesprächen mit Außenminister Powell, Vizepräsident Cheney und der nationalen Sicherheitsberaterin Rice nach Washington reiste. Dabei gab die amerikanische Seite ihrem Wunsch nach einer „starken und fruchtbaren Beziehung mit China“ Ausdruck. Beide Seiten vereinbarten, möglichst bald ein Expertentreffen zur Beratung über die Terrorismusproblematik abzuhalten, auf dem China den USA auch geheimdienstliche Informationen zur Verfügung stellen wollte.⁵ Ein entsprechendes Treffen fand bereits eine Woche später in Washington statt. Ferner kam man überein, einen regelmäßigen Dialog zwischen den Außenministerien beider Staaten zu installieren und auch auf anderen Gebieten, etwa in der Menschenrechtsfrage, den unterbrochenden Dialog wieder aufzunehmen. Dem Treffen zwischen den Präsidenten Bush und Jiang auf dem geplanten APEC-Gipfel im Oktober in Shanghai wurde große Bedeutung für die Intensivierung der beiderseitigen Beziehungen beigemessen.⁶ Ende September beteiligte sich China außerdem an Anstrengungen der USA, die finanziellen Netzwerke der mutmaßlichen Attentäter aufzuspüren und entsprechende Konten zu sperren.

Reaktionen der chinesischen Öffentlichkeit

Sehr unterschiedlich fielen die Reaktionen aus verschiedenen Teilen der chinesischen Gesellschaft aus. Eine stark nationalistische Haltung kam vor allem im Internet zum Ausdruck, einem Medium, das aufgrund der Anonymität und Spontaneität seiner Nutzung bereits in den Krisenphasen im Mai 1999 und im April 2001 als Forum für xenophobe Äußerungen diente. Einzelnen Diskussionsbeiträgen war eine deutlich anti-amerikanische Stoßrichtung zu entnehmen, die sich in einer mehr oder weniger offenen Schadenfreude über „die gute Nachricht“ ausdrückte – trotz der Tatsache, dass bei den Anschlägen auch chinesische Staatsbürger ums Leben gekommen waren (zwei Tote in einem der entführten Flugzeuge, ein Verletzter sowie Vermisstenmeldungen, deren Zahl zunächst bei 62 lag und bis Ende September auf zwei Dutzend gesunken war, darunter die Mehrzahl Hongkonger Bürger).

Im Grundtenor argumentierten diese Stimmen, dass die Terroranschläge die erwartbare Antwort auf die „Arroganz“ und das „Hegemoniestreben“ sei, die die USA seit langem an den Tag gelegt hätten. Die Anschläge stellten die „gerechte Vergeltung“ für die Unterdrückung und Ausbeutung dar, die die Supermacht in weiten Teilen zu verantworten hätte. Der Rückschlag jener extremistischen Kräfte, die die USA selbst herangezüchtet hätten, müsste endlich Anlass für die amerikanische Regierung sein, nach den strukturellen Ursachen des Terrors zu suchen

²IHT, 19.9.01.

³Beijing Zhongguo Xinwen She, 20.9.01.

⁴Xinhua, 20.9.01.

⁵IHT, 24.9.01.

⁶Xinhua, 20., 21., 22.9.01.

und ihren hegemonialen Kurs grundlegend zu korrigieren.⁷ Um die Beschädigung des internationalen Ansehens Chinas durch solche Äußerungen zu begrenzen, erließ die Propagandaabteilung der Partei bereits am Tag nach den Anschlägen eine dringende Anordnung, die den Medien, insbesondere den Betreibern von Internetdiensten verbot, hämische Kommentare zu den Anschlägen zu verbreiten. Der Kontrollversuch führte aber nur bedingt zu dem gewünschten Ergebnis: Während die staatlichen Medien sich mit Informationen über die Ereignisse in den USA insgesamt deutlich zurückhielten, fanden die anti-amerikanischen Stimmen neue Kanäle, um sich Gehör zu verschaffen. In jedem Fall macht die Existenz dieser Stimmen das Akzeptanzproblem der chinesischen Führung deutlich, deren pro-amerikanische Haltung von einem relativ großen Teil der Bevölkerung als Schwäche und Machtverlust ausgelegt werden dürfte.

Wenn anti-amerikanische Emotionen unter der chinesischen Bevölkerung auch zu dominieren scheinen, machten sich in den Tagen nach den Anschlägen auch andere Stimmen bemerkbar. In dem eindeutigen Bemühen, sich von der Häme ihrer Landsleute zu distanzieren, unterzeichneten 180 chinesische Intellektuelle, die zum einen Teil in China, zum anderen Teil in den USA leben, ein Beileidsschreiben an Präsident Bush und das amerikanische Volk. In dem offenen Brief, der unter dem emphatischen Motto „Tonight, we, too, are Americans“ stand, wurden die Terroranschläge ebenso verurteilt wie der „Ausbruch von Stimmen in den chinesischen Medien, die Schadenfreude über das Schicksal anderer Menschen empfinden.“⁸ Wenn diese und ähnliche Stimmen auch deutlich näher an der offiziellen Haltung lagen, eigneten sie sich nicht dazu, von der chinesischen Führung zu deren Legitimation herangezogen zu werden – befanden sich unter den Unterzeichnern des Briefes doch mehrere Personen, die trotz ihrer patriotischen Grundhaltung in China als „Dissidenten“ gelten.

In der Verarbeitung der Ereignisse vom 11. September kam schließlich eine weitere gewichtige Stimme zum Tragen, nämlich die Meinungen von Experten. Die Prominenz, die Vertretern verschiedener regierungsnaher Think tanks und wissenschaftlicher Forschungsinstitute in den Medien zukam, konnte diesmal ansatzweise mit der Rolle von Experten etwa in der deutschen Medienberichterstattung verglichen werden. In ihrer Gesamtheit boten die Expertenmeinungen eine durchaus differenzierte Analyse der Anschläge, ihrer Hintergründe und erwartbaren Folgen. Diskutiert wurden hier die psychischen Folgen für die USA, die nun zum ersten Mal mit dem Phänomen der Verletzbarkeit umzugehen hätten, sowie die möglichen Reaktionen der USA auf die terroristische Bedrohung und deren Auswirkungen auf China.

Während unmittelbar nach den Anschlägen solche Expertenmeinungen dominierten, die im Gleichklang mit der offiziellen Position die neuen Chancen für eine verstärkte Kooperation Chinas mit der internationalen Gemeinschaft und für eine Entspannung der sino-amerikanischen Beziehungen hervorhoben, scheinen im weiteren Verlauf jene Stimmen an Gewicht gewonnen zu haben, die

vor möglichen negativen Folgen der Ereignisse für Chinas strategische Interessen warnten.

Auffällig ist dabei, dass gerade die Beijing-nahe Hongkonger Presse mehrere Beiträge publizierte, in denen festländische Außenpolitik-Experten zu Wort kamen, die die von einer verstärkten US-amerikanischen Präsenz in Zentralasien ausgehenden Gefahren für China erörterten. Danach sei die Wahrscheinlichkeit einer besonnenen Reaktion der USA auf den Terrorangriff sehr viel geringer als die einer mehr oder weniger „paranoiden“ Vergeltungsattacke. Vor diesem Hintergrund sei zu erwarten, dass die USA zu unverhältnismäßigen militärischen Mitteln greifen und in den internationalen Beziehungen eine noch härtere Gangart einlegen würden, die die Konflikte zwischen China und den USA mittelfristig verschärfen dürften. Nach einer anderen Meinung dürfte eine amerikanische Militäratacke auf Afghanistan die „Balkanisierung“ Zentralasiens beschleunigen und das empfindliche Sicherheitsgefüge in der gesamten Region stark beeinträchtigen. Auf Chinas sicherheitspolitische Interessen würde sich eine verstärkte Militärpräsenz der USA entlang der eigenen Westgrenzen in jedem Fall nachteilig auswirken.⁹ Hier könnte man vermuten, dass derartige Expertenmeinungen mehr oder weniger gezielt von Beijinger Führungskreisen aus lanciert worden sein könnten, die die „unabhängige“ Hongkonger Presse als international einsehbar Nische der chinesischen Öffentlichkeit nutzen, um bestimmte Meinungen nach außen – und auf diesem Umweg auch wieder zurück ins Inland – zu transportieren. Selbst für den Fall, dass diese Vermutung überzogen sein sollte, sollten diese Warnungen chinesischer Experten ernst genommen werden.

Erwartbare negative Folgen für China

Bedenkt man die vielfältigen nachteiligen Auswirkungen der Anschläge vom 11. September auf China, die von in- und ausländischen Beobachtern seither erwogen werden, so entstehen beträchtliche Zweifel, ob die chinesische Führung ihre Haltung internationaler Kooperationsbereitschaft wird aufrechterhalten können. Folgende erwartbare außen- und innenpolitische Folgen des US-amerikanischen und internationalen Kampfes gegen den Terrorismus werden diskutiert:

Außenpolitische Folgen

Zum Ersten dürfte der Einfluss der USA in Asien im Gefolge der Terrorismusbekämpfung grundsätzlich weiter zunehmen. Kriegerische Schläge auf Afghanistan und eventuell auch auf andere Staaten in der Region würden dazu führen, dass sich die militärische Präsenz der USA bzw. der NATO bis unmittelbar an die Westgrenze des chinesischen Territoriums verlagert. Die absehbare grundlegende Verschiebung des Machtgefüges in Zentralasien ist ein Szenario, das in China unweigerlich als ernsthafte Bedrohung der Sicherheit des Landes wahrgenommen wird.

Zum Zweiten wird befürchtet, dass die Gegenschläge der USA bzw. der NATO das von China auf diploma-

⁷Beijing Renmin Wang, 12.9.01; SCMP, 12.9.01, IHT, 14.9, AJSJ, 17.9.01, NZZ, 18.9.01.

⁸Hongkong Information Centre for Human Rights and Democracy, 13.9.01.

⁹So etwa in *Tang Kung Pao*, 14., 24.9.01.

tischem Wege mühsam aufgebaute sicherheitspolitische Netzwerk in der Region empfindlich stören werden:

- Zunächst dürfte sich die Lage in Afghanistan für China nachteilig verändern. Die knapp 100 km lange Grenze, die die Volksrepublik mit Afghanistan teilt, wurde in den vergangenen Jahren von den Anti-Taliban-Kräften, der so genannten Nord-Allianz, geschützt, die in Beijing auch eine offizielle diplomatische Vertretung unterhalten soll. Wenn die chinesische Regierung offizielle Kontakte zum Taliban-Regime auch von sich weist, scheint sie sich seit vergangem Jahr um informelle Kontakte mit Kabul bemüht zu haben – Gerüchten zu Folge soll Beijing just am Tag der Anschläge ein Abkommen mit Kabul über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet haben. Das Interesse Chinas an Kontakten zu den Taliban lässt sich zum einen mit dem Bedürfnis nach Informationen über die Vorgänge in Afghanistan erklären, zum anderen mit dem Interesse, im afghanischen Bürgerkrieg zu einer Verhandlungslösung beizutragen. Solche Interessen erscheinen verständlich, da bis zu 1.000 uighurisch-muslimische Freiheitskämpfer in Lagern der Taliban ausgebildet worden sein und Waffen aus Afghanistan erhalten haben sollen, ein Faktor, der den Wunsch Beijings nach diplomatischer Einflussnahme auf die Taliban nachvollziehbar macht. Ein absehbarer Militärangriff der USA bzw. der NATO auf Afghanistan könnte entweder in einen langanhaltenden Krieg münden, in den Chinas Westregion womöglich involviert werden könnte, oder zur US-amerikanischen Besetzung des Landes bzw. der Einsetzung einer Amerika-freundlichen Regierung führen, was ebenfalls nicht im chinesischen Interesse liegen dürfte.
- Die guten Beziehungen zu Pakistan, das China in den letzten Jahren als engsten Verbündeten in der Region gewonnen und als wichtige Karte in seinen außenpolitischen Beziehungen eingesetzt hat, drohen beeinträchtigt zu werden. Zwar hat die chinesische Führung in mehreren Konsultationen der pakistanischen Führung ihre Zustimmung für die Unterstützung der USA gegeben. Internationale Beobachter gehen aber davon aus, dass Beijing sich dazu nur durchringen konnte, um den eigenen Einfluss auf Pakistan nicht zu verlieren bzw. Indien keine Chance zu geben, seinen Einfluss in der Region auszubauen. Zu konkreten Spannungen mit Pakistan ist es inzwischen dadurch gekommen, dass die VR China aus Furcht vor einer Einschleusung radikaler muslimischer Kräfte in die ohnehin instabile Autonome Region Xinjiang Ende September einige pakistanische Bürger ausgewiesen und die Grenzen zu dem Nachbarland vorübergehend geschlossen hat, woraufhin Pakistan Protest eingelegt hat. Beijing muss außerdem befürchten, dass Pakistan innenpolitisch destabilisiert und radikale islamische Kräfte auch dort die Oberhand gewinnen könnten.
- Auch die Beziehungen zu Russland, mit dem China zuletzt darum bemüht war, eine „strategische Partnerschaft“ aufzubauen, könnten in Mitleidenschaft gezogen werden. Ziele ein im Juli dieses Jahres von

Jiang Zemin und Putin unterzeichneter „Vertrag über gutnachbarliche Freundschaft und Zusammenarbeit“ darauf ab, Russland auf Neutralität gegenüber den westlichen Sicherheitsbündnissen zu verpflichten, so scheinen die Reaktionen Russlands auf die Anschläge vom 11. September eine vorsichtige, aber entschlossene Annäherung an die NATO zu signalisieren. Beijing stünde dann vor der Entscheidung, sich der Einflussphäre der NATO entlang der eigenen nordwestlichen Grenzen entgegenzustemmen, oder aber sich selbst ebenfalls den Interessen des westlichen Sicherheitsbündnisses zu öffnen.

- Schließlich scheinen die Anstrengungen entwertet zu werden, die Beijing zuletzt im Rahmen der im Jahr 1996 gegründeten und im Juni dieses Jahres konsolidierten „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“ (SZO) unternommen hat. Dieses Zweckbündnis, dem sich Russland und die zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan sowie jüngst auch Usbekistan angeschlossen haben, hat zwar den gemeinsamen Kampf gegen „Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ in der Region auf seine Fahnen geschrieben und sollte somit die neugebildete Anti-Terrorismus-Allianz vortrefflich ergänzen. Jedoch haben sich, ähnlich wie Russland, die Mitglieder dieser Entente inzwischen mehrheitlich direkt für Operationen der USA und der NATO zur Verfügung gestellt, sodass die Bedeutung der SZO als internationaler Kooperationspartner relativ an Bedeutung verloren hat. Dies wird auch an der Tatsache deutlich, dass auf dem ersten Arbeitstreffen der Ministerpräsidenten der SZO-Mitgliedsstaaten, das in unmittelbarer zeitlicher Folge der Anschläge vom 12. bis 14. September in Kasachstan stattfand, abgesehen von einer kollektiven Bekundung des Entsetzens über die Ereignisse offenbar keine weiteren konkreten Schritte vereinbart wurden.

Nicht weniger, wenn auch weniger akut beunruhigend, dürfte aus chinesischer Sicht die Aussicht einer wachsenden US-amerikanischen Militärpräsenz an der „Ostflanke“ erscheinen, die sich mit der zunehmenden Bedrohung an der „Westflanke“ zu einem Szenario vollständiger Einkreisung ergänzen könnte. Zwar spekulieren einige Stimmen darüber, dass die Aufmerksamkeit der USA für Taiwan aufgrund der Konzentration der Kräfte in Zentralasien und dem Mittleren Osten vorübergehend nachlassen und die Situation in der Taiwan-Straße sich dadurch zunächst entspannen könnte. Doch sieht man in China zugleich die Gefahr, die von einer stärkeren Präsenz japanischer Streitkräfte ausgehen könnte. Im Zuge der internationalen Terrorismusbekämpfung bot Japan erstmalig die Beteiligung an militärischen Manövern im Indischen Ozean zum Schutz amerikanischer Stützpunkte an – ein Umstand, der noch bis vor kurzem heftige chinesische Proteste gegen die Ausbreitung eines gefährlichen japanischen „Militarismus“ hervorgerufen hätte, in der gegenwärtigen Situation aber stillschweigend geduldet wird. Vollkommen ungewiss ist, ob die japanische Führung im Fall einer militärischen Auseinandersetzung um Taiwan aktiv würde, doch stellt die gegenwärtige Mobilisierung der japanischen Streitkräfte zumindest einen Präzedenzfall für eine mögliche zukünftige Intervention entlang der chinesischen Ostküste dar.

Die Sorge vor einer Verschärfung des Taiwan-Konflikts erhält aber vor allem auch vor dem Hintergrund der amerikanischen Raketenabwehrpläne Nahrung. Zwar haben einige chinesische Kommentatoren der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die Ereignisse vom 11. September der Welt vor Augen geführt haben, wie wirkungslos hochtechnologische Systeme wie die von den USA geplanten NMD (National Missile Defense)- und TMD (Theatre Missile Defense)-Systeme angesichts einer dezentralen, innerhalb keiner Staatsgrenzen kontrollierbaren und technologisch mehr oder weniger banalen terroristischen Gewalt tatsächlich seien. Gleichzeitig aber ist die Meinung verbreitet, dass die plötzlich erkannte Verletzbarkeit in den USA Anlass für einen sicherheitspolitischen und rüstungstechnischen Aktionismus geben könnte, der erst recht eine zügige Umsetzung der Raketenabwehrpläne rechtfertigen könnte. Das für China bedrohliche Szenario eines amerikanischen Schutzschildes über Taiwan, wie es im Rahmen der TMD-Pläne verwirklicht würde, könnte so früher als erwartet näher rücken.

Innenpolitische Folgen

Neben diesen außenpolitischen Aspekten, die seit dem 11. September diskutiert werden, werden auch im innenpolitischen Bereich negative Folgen für China erwartet. Hier ist zunächst die Sorge vor einer Destabilisierung der Westregionen des Landes gegeben, insbesondere der von mehreren muslimischen Minderheiten bevölkerten Autonomen Region Xinjiang. Konkret befürchtet die chinesische Führung, dass die Region von den kriegerischen Auseinandersetzungen in den Nachbarstaaten unmittelbar – so wurde sogar die Angst vor einem Nuklearschlag laut – oder mittelbar etwa durch Flüchtlingsströme aus Afghanistan oder Pakistan betroffen werden könnte. Die umfangreiche humanitäre und wirtschaftliche Hilfe in Höhe von 10 Mio. RMBY, die China inzwischen für Pakistan in Aussicht gestellt hat, dürfte auch vor dem Hintergrund des Flüchtlingsproblems zu sehen sein.

Angst hat man aber auch vor einer Radikalisierung fundamentalistischer islamischer Kräfte, die sehr rasch zur Eskalation der schwelenden ethnisch-religiösen Konflikte in Xinjiang führen könnten, die sich seit den frühen 1990er Jahren wiederholt in ethnischen Unruhen und Attentaten ausgedrückt hatten. Auftrieb könnten insbesondere uighurische Freiheitskämpfer erhalten, die zur Verfolgung separatistischer Interessen (Gründung eines unabhängigen Ost-Turkestan) auf externe Untergrundorganisationen zurückgreifen. Wie oben erwähnt, sollen uighurisch-muslimische Kämpfer unter anderem von den Taliban unterstützt werden. Im Fall eines länger anhaltenden Krieges in Zentralasien könnten sich die Radikalisierungsprozesse in dieser Gruppe erheblich beschleunigen und zu einer grenzübergreifenden Solidarisierung unter fundamentalistischen muslimischen Vertretern der bislang weitgehend unabhängig operierenden ethnischen Gruppen (Kasachen, Kirgisen, Usbeken, Tadschiken) führen. Wie aus diplomatischen Kreisen zu erfahren war, wurden bereits umfangreiche Truppenkontingente in Xinjiang zusammengezogen.

Nicht zuletzt fürchtet China schließlich die möglichen ökonomischen Folgen langwieriger kriegerischer Auseinandersetzungen. Akut befürchtet man bereits jetzt einen

markanten Anstieg des Ölpreises im Zuge einer Verwicklung erdölproduzierender Staaten in die militärischen Auseinandersetzungen. China verfügt offenbar über geringe eigene kurzfristig mobilisierbare Ölreserven; die jüngsten Vereinbarungen mit Russland und Kasachstan im Bereich der Erdölförderung und des Baus von Öl-Pipelines dürften die Bedenken der staatlichen Führung reflektieren. Auch bangt die Führung um die Verwirklichung ihrer im Herbst 1999 initiierten groß angelegten Strategie zur Entwicklung Westchinas, deren Ziel in einer aufgehenden wirtschaftlichen Entwicklung und damit auch sozialen und politischen Stabilisierung der armen Binnenregionen lag: War es bereits vor dem 11. September kein leichtes Unterfangen, Investoren aus Ostchina und dem Ausland für ein Engagement in den rückständigen Binnenregionen zu gewinnen, so dürften militärische Auseinandersetzungen an der Westgrenze der VR China diese Bemühungen zusätzlich erschweren.

Längerfristig sieht sich die staatliche Führung schließlich mit den negativen Folgen eines weiteren Rückgangs der US-amerikanischen Exportnachfrage, der Einbrüche auf den internationalen Finanzmärkten und einer immer häufiger vorausgesagten Rezession der gesamten Weltwirtschaft konfrontiert. Das Gewicht derartiger Befürchtungen tritt umso deutlicher vor Augen, wenn man bedenkt, dass die chinesische Führung ein hohes Wirtschaftswachstum als entscheidende Grundlage sozialer und politischer Stabilität gezeichnet hat.

Erhoffte Chancen für China

Angesichts dieser langen Liste erwartbarer negativer Folgen erscheint der „Wagemut“ der chinesischen Führung umso erstaunlicher, mit dem sie seit dem 11. September eine insgesamt doch weitgehend unumwundene Unterstützung der USA und internationale Kooperationsbereitschaft signalisiert. Wenn die offizielle Haltung im ersten Augenblick vielleicht auch nur dem bloßen politischen Instinkt Jiang Zemens entsprungen sein mag, sich – etwa angesichts des für Oktober geplanten historischen Besuchs von Präsident Bush in China – vor den Augen der Weltöffentlichkeit als „würdiger“ internationaler Partner zu erweisen, so stellt sich doch die Frage, welche Gründe die chinesische Führung dazu veranlasst haben könnten, diese Haltung in den folgenden Wochen aufrechtzuerhalten. Welche Chancen sind es, die sich die parteistaatliche Führung aus ihrer Kooperationsbereitschaft erhofft?

Verbesserung der sino-amerikanischen Beziehungen

An erster Stelle dürfte man eine Chance darin gesehen haben, die Beziehungen zu den USA, die sich seit dem Amtsantritt von Präsident Bush massiv verschlechtert hatten, in konstruktivere Bahnen zu lenken. Eine relative Entspannung im beiderseitigen Verhältnis hatte sich bereits vor dem 11. September abgezeichnet. So hatte die Bush-Administration nicht nur die konfliktträchtige Bezeichnung der VR China als „strategischer Konkurrent“ der USA fallen gelassen, sondern Anfang September zudem eine reale Annäherung an die sicherheitspolitischen Interessen Chinas vollzogen: Zum einen verkündete Wa-

shington, dass man plane, im Vorfeld des Bush-Besuches eine Delegation nach China zu entsenden, die die chinesische Führung davon überzeugen solle, dass das Raketenabwehrsystem keineswegs gegen China gerichtet sei. Zeitgleich war aus dem Umkreis des außenpolitischen Beraterstabs der amerikanischen Regierung zu vernehmen, dass die USA sich nicht länger gegen Atomtests in China verweigern wollten, was in der logischen Verknüpfung der Medienberichterstattung im Sinne eines Tauschgeschäftes gedeutet wurde. Die Sicherheitsberaterin Rice dementierte zwar, dass es sich hier um ein „quid pro quo“ handle, bestätigte jedoch, dass Washington sich nicht in der Lage sehe, gegen die Modernisierung der chinesischen Nuklearwaffen einzuschreiten, die ohnehin nicht aufzuhalten sei.¹⁰ Auch in anderen Bereichen, etwa der Zusammenarbeit der Nachrichtendienste beider Länder, hatten sich die Fronten zuletzt etwas aufgeweicht.

China scheint nun die veränderte weltpolitische Konstellation nutzen zu wollen, um das Verhältnis mit den USA nachhaltig zu verbessern. Auch wenn sich die beiderseitige Wahrnehmung einer langfristigen Rivalität durch die jüngsten Ereignisse kaum grundlegend gewandelt haben dürfte, kann angenommen werden, dass die staatliche Führung nun eine Chance sieht, China aus der negativen Rolle zu befreien, die dem Land durch die amerikanische Projektion einer gewissermaßen schicksalhaften Gegnerschaft der Supermächte aufgezwungen wurde. Konkret könnte sich die chinesische Führung erhoffen, abseits von machtpolitischer Rhetorik in verschiedenen Bereichen eine konstruktive Zusammenarbeit mit den USA aufzunehmen. Über die gemeinsame Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die Wiederaufnahme eines Dialogs über Menschenrechte hinaus wäre etwa eine Kooperation in den Fragen der koreanischen Wiedervereinigung oder der Stabilisierung anderer Konfliktregionen in Asien denkbar. In einer fernerer Zukunft wäre nicht gänzlich ausgeschlossen, dass die USA und China miteinander in einen konstruktiven Dialog über die komplexen Fragen der Nichtverbreitung von Atomwaffen, der Rüstungskontrolle und der Abrüstung bis hin zur Zukunft des ABM-Vertrags und der amerikanischen NMD-Pläne träten. Zwar wird es angesichts des kleinen gemeinsamen Nenners schwer sein, in diesen Bereichen substanzielle Fortschritte zu erzielen. Jedoch scheint die chinesische Führung entschlossen, jenes kleine „window of opportunity“, das sich im Gefolge der Anschläge auf die USA geöffnet hat, für eine reale „Einbindung“ der USA (um diesen Begriff einmal in umgekehrter Stoßrichtung zu verwenden) zu nutzen, bevor es sich wieder schließt.

Qualifikation zum anerkannten internationalen Partner

Eine weitere Chance könnte die chinesische Führung in der Aufwertung zum verantwortungsvollen Partner in der internationalen Staatengemeinschaft sehen, wie sie aus einer glaubwürdig und konsistent vermittelten Kooperationsbereitschaft erwachsen könnte. Eine Qualifikation der VR China zum anerkannten Mitglied der sich selbst als „zivilisiert“ begreifenden Weltgemeinschaft könnte das politische Kapital der chinesischen Führung nicht nur im au-

ßenpolitischen, sondern auch im innenpolitischen Kontext verbessern. Denn wie in den vergangenen Jahren zu beobachten war, bezieht die parteistaatliche Führung Chinas einen zunehmenden Teil ihrer Legitimation und Durchsetzungsfähigkeit „zu Hause“ aus ihrer Einbindung in internationale Strukturen.

Zwar mag man einwenden, dass ein derartiges Szenario einem naiven Wunschdenken entspringt, bzw., dass solche „weichen“ Faktoren keine handlungsleitenden Motive in der „harten“ Welt realer außenpolitischer Interessen abgeben können, doch stellt sich spätestens hier die Frage nach einer sinnvollen Alternative zur Option internationaler Kooperation: Würde die VR China in der gegenwärtigen Situation die Unterstützung der USA und die internationale Kooperation verweigern, würde sie sich gewissermaßen im Handumdrehen ins weltpolitische Abseits manövrieren. Dem glaubhaften Interesse des Landes, sich durch die Integration in die Weltwirtschaft – und mittels der daraus zu erwartenden Investitionen und technologischen Fortschritte – zu modernisieren, wäre sehr schnell jegliche Grundlage entzogen, wenn sich die Führung anders als bisher verhalten würde. „Historische“ Wegmarken der Entwicklung Chinas, wie sie sich etwa in dem Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation oder dem Zuschlag für die Austragung der Olympischen Spiele im Jahr 2008 ausdrücken, würden dann sehr schnell zugehört werden.

Unterstützung im eigenen Kampf gegen „Terrorismus, Separatismus und Extremismus“

Wie bereits dargestellt, vermuten zahlreiche westliche Kommentatoren, dass China sich mit seiner Kooperationsbereitschaft bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus die westliche Unterstützung bzw. Tolerierung des Kampfes gegen den „Terrorismus“ im eigenen Land gewissermaßen „erkaufen“ wolle. Tatsächlich finden sich in den offiziellen Stellungnahmen verschiedene Hinweise, dass die chinesische Führung sich internationale Rückenbedeckung bei der Bekämpfung des seit längerem als internes Problem wahrgenommenen islamischen Fundamentalismus erhofft. Daraus möglicherweise erwachsende westliche Kritik an Menschenrechtsverletzungen in China wies ein Regierungssprecher im Vorhinein zurück, indem er mahnte, dass bei der internationalen Terrorismusbekämpfung „keine doppelten Standards“ angelegt werden dürfen.¹¹

Diese vermeintliche Chance einer internationalen Unterstützung von Anti-Terrorismus-Maßnahmen in China ist sehr bedenklich, weil die staatliche Führung in den vergangenen Jahren insbesondere in Xinjiang tatsächlich eine pauschale Kriminalisierung so genannter „separatistischer“ Kräfte unternommen hat. So werden politische Aktivisten, die sich für eine Verwirklichung der verfassungsmäßig zugestandenen Autonomierechte der verschiedenen ethnischen Gruppen einsetzen, religiöse Fundamentalisten und militante Freiheitskämpfer offenbar ohne nähere Berücksichtigung ihrer spezifischen Motive als „Separatisten“ eingestuft. Im Rahmen wiederholter groß angelegter Kampagnen zur Kriminalitätsbekämpfung werden

¹⁰AWSJ, 2.9.01; IHT, 4.9.01.

¹¹AWSJ, 19.9.01.

sie – verstärkt zuletzt seit April dieses Jahres – gemeinsam mit Mördern, Schleusern und Drogenhändlern abgeurteilt, nicht selten wird auch die Todesstrafe verhängt. Vor diesem Hintergrund könnte zukünftig tatsächlich die Gefahr wachsen, dass die parteistaatliche Führung Chinas im Namen der „internationalen Terrorbekämpfung“ noch pauschaler und schonungsloser gegen ethnische „Separatisten“ in Xinjiang und eventuell auch in anderen Landes-teilen vorgehen könnte.

Dieser pessimistischen Erwartung eines „Freibriefs“ für eine verschärfte Unterdrückung muslimischer Bevölkerungsgruppen können allerdings mehrere Faktoren entgegen gesetzt werden. Zum Ersten ist zu hoffen, dass in dem Maße, wie sich die chinesische Führung auf eine substanzielle internationale Kooperation im Bereich der Terrorismusbekämpfung einlässt und Hilfe bei der Bewältigung von Problemen im eigenen Land in Anspruch nimmt, auch die Transparenz der Maßnahmen der staatlichen Polizei- und Justizorgane zunehmen wird. Im günstigen Fall könnte die Zusammenarbeit mit anderen Staaten dazu führen, dass die Terrorismusbekämpfung in China stärker institutionalisiert und professionalisiert wird; dies wiederum könnte die Grundlage dafür bilden, dass rechtsstaatliche Normen und seriösere fahndungstechnische Standards schrittweise Einzug in die chinesische Praxis finden könnten.

Zum Zweiten steht zu hoffen, dass sich Beijing mit der Bereitschaft zu internationaler Kooperation in einem allgemeineren Sinne, wenn auch nur mittelbar und widerwillig, an die humanitären Normen der internationalen Gemeinschaft bindet. Über symbolische Bekundungen und rhetorische Rechtfertigungsmanöver hinaus könnten diese Normen mittelfristig auch für die chinesische Führung real verbindlich werden, wenn diese sich etwa vor Augen führt, dass auch Xinjiang zukünftig das Ziel einer internationalen „humanitären Intervention“ werden könnte. Wenn eine solche Option in absehbarer Zeit nicht realistisch erscheint, so dürfte sich die staatliche Führung Chinas doch bewusst sein, dass Xinjiang zukünftig nicht mehr wie bisher im weltpolitischen Abseits liegen wird.

Zum Dritten würde schließlich ein allzu repressiver Umgang mit dem Problem des „Separatismus“ im eigenen Land insofern kontraproduktiv wirken, weil er die erhoffte Chance auf eine Qualifikation Chinas zu einem anerkannten Partner in der internationalen Gemeinschaft zunichte machen würde. Trotz dieser optimistischen Einwände lässt sich die Gefahr einer Eskalation der ethnisch-religiösen Konflikte und einer beschleunigten Radikalisierung islamischer Fundamentalisten in Xinjiang allerdings nicht ausräumen, die sich mit der Hoffnung der chinesischen Führung auf internationale Unterstützung bei der eigenen „Terrorismusbekämpfung“ verbindet.

Anstelle eines Fazits

In der gegenwärtigen, von Eskalation geprägten und täglich neue Schrecken aufwerfenden Phase ist es nicht möglich, bezüglich der Reaktionen Chinas auf die Anschläge vom 11. September ein eindeutiges Ergebnis festzuhalten oder gar eine abschließende Einschätzung abzugeben. Vieles wird darauf ankommen, ob und in welcher Weise andere Staaten, allen voran die USA, aber auch andere Mit-

glieder der sich nun herausbildenden internationalen Koalition gegen den erst noch zu begreifenden „Terrorismus“ auf das Kooperationsangebot der chinesischen Führung eingehen.

Was den chinesischen Part in der vollkommen offenen weltpolitischen Evolution angeht, so erscheint eine länger andauernde Aufrechterhaltung der bislang offiziell signalisierten Bereitschaft zu substanzieller internationaler Kooperation aus der realistischen Perspektive eines machtpolitischen Nullsummenspiels zwischen Nationalstaaten unwahrscheinlich: Zu groß erscheint aus dieser Perspektive das Gewicht der für China erwartbaren negativen Folgen und Gefahren gegenüber den von der staatlichen Führung erhofften Chancen (von denen die eine, nämlich die Hoffnung der chinesischen Führung auf internationale Unterstützung bei der „Terrorismus“-Bekämpfung im eigenen Land, sich schon bald als ein zweischneidiges Schwert erweisen könnte). An die Stelle des Stauens westlicher Staaten über den „Sinneswandel“ Chinas tritt in diesem Licht sehr leicht die Vermutung, dass die jüngste offizielle Haltung aus nichts weiter als einer Position der „Schwäche“ resultiert. So unterstellen zahlreiche Kommentatoren, dass die Führung sich nur aufgrund des damit eingestandenen Mangels einer besseren Alternative als der, im internationalen Mainstream mitzuziehen, um nicht ins „falsche Lager“ zu geraten, zu einer zumindest rhetorischen Kooperationsbereitschaft entschließen musste. In der gleichen machtpolitischen Sichtweise könnte die chinesische Führung auch im Innern Gefahr laufen, von der eigenen Bevölkerung der politischen Schwäche und des Ausverkaufs nationaler Interessen bezichtigt zu werden.

Andererseits könnte man – im Sinne einer „postnationalen“, nur ganz leise in die Gegenwart hereinklingenden Zukunftsmusik – in den chinesischen Reaktionen auf die Anschläge vom 11. September behutsame Signale für die Mitwirkung an einer Neugestaltung der weltpolitischen Grundkonstellation erkennen. Sollten die gegenwärtigen „atmosphärischen“ Verbesserungen in den Beziehungen Chinas zu den USA und zu anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft eine Zeit lang anhalten und, vor allem, sollte es gelingen, die chinesische Kooperationsbereitschaft substanziell auszufüllen, so könnte dies langfristig zu einer wechselseitigen Einbindung in die Konturen dessen führen, was vorläufig als „Weltinnenpolitik“ bezeichnet worden ist.¹² In einer Konstellation, in der sich die Grenze zwischen Innen- und Außenpolitik, die den Nationalstaat und dessen machtpolitische Handlungszwänge konstituiert, verwischt, und in der transnationale Lösungen in Fragen der Sicherheitspolitik, der (Außen-)Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik, der Kultur- oder der Menschenrechtspolitik gesucht werden, sollte China trotz seiner nicht zu leugnenden Demokratiedefizite und nationalistischen Anwandlungen nicht zum Außenseiter gestempelt werden. Vielmehr könnte der erhebliche Problemlösungsbedarf, den China auf all diesen Gebieten nicht nur hat, sondern auch zunehmend eingesteht, das Land zu einem konstruktiven, für friedliche Mechanismen offenen, kompromiss- und lernfähigen Partner qualifizieren.

¹²Habermas, Jürgen, „Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie“, in: ders., *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt a.M., Edition Suhrkamp, 1998, S.91-169.